

22.02.2017

Kleine Anfrage 5639

der Abgeordneten Serap Güler CDU

Weiterer Erdogan-Auftritt in Nordrhein-Westfalen? Wird die Landesregierung auch handeln oder wieder nur reden?

Am 18. Februar 2017 wurde Nordrhein-Westfalen erneut zur Schaubühne für eine Veranstaltung der türkischen Regierung. In Oberhausen warb niemand geringerer als der türkische Ministerpräsident Binali Yıldırım für die Einführung eines Präsidialsystems in der Türkei – was angesichts der politischen Tendenzen der aktuellen Regierung von vielen Beobachtern innerhalb und außerhalb der Türkei mit Sorge betrachtet wird. Wie schon bei der Großdemonstration von AKP-Anhängern in Köln im vergangenen Sommer wurde auch in Oberhausen für die Einführung der Todesstrafe in der Türkei geworben.

In Nordrhein-Westfalen leben bundesweit die meisten türkischstämmigen und türkischen Mitbürger. Rund 1,4 Millionen von ihnen sind berechtigt, an türkischen Wahlen teilzunehmen. Dies verleitet türkische Politiker vor anstehenden Wahlen dazu, auch in unserem Bundesland Wahlkampfveranstaltungen durchzuführen, die von großen Mengen besucht werden. Die öffentliche Debatte rund um diese Veranstaltungen führt immer wieder zu Missmut und trägt zu Spannungen zwischen Türkeistämmigen und Mehrheitsgesellschaft sowie zu Auseinandersetzungen unter den Türkeistämmigen bei.

Innertürkische Konflikte dürfen nicht in Nordrhein-Westfalen ausgetragen werden. Dies gilt umso mehr, wenn im Rahmen dieser Konflikte antidemokratische oder den europäischen Werten widersprechende Forderungen aufgestellt werden. Die demokratischen Parteien dürfen es nicht hinnehmen, dass in unseren Städten und auf unseren Straßen für die Wiedereinführung der Todesstrafe geworben wird. Ebenso wenig dürfen Drohungen oder Beschimpfungen gegenüber Andersdenkenden toleriert werden. Beides ist völlig inakzeptabel.

Vor diesem Hintergrund reicht es nicht aus, dass die Landesregierung „arge Bauchschmerzen“ (Interview mit dem Kölner Stadtanzeiger vom 20.02.2017) bei Veranstaltungen türkischer Regierungsmitglieder in Nordrhein-Westfalen hat. Die Landesregierung hat betont, sie sei gegen eine mögliche Wahlveranstaltung des türkischen Staatspräsidenten Erdogan in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung hat jedoch keinerlei Aussage dazu gemacht, was sie konkret unternommen hat.

Datum des Originals: 21.02.2017/Ausgegeben: 23.02.2017

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Hat das Integrationsministerium Kontakt zu den vier türkischen Generalkonsulaten in Nordrhein-Westfalen aufgenommen und nachgefragt, ob tatsächlich ein weiterer Besuch von Erdogan ansteht?
2. Hat die Landesregierung Kontakt mit dem Auswärtigen Amt aufgenommen und eine Initiative ergriffen, um auf diplomatischem Wege eine solche Veranstaltung zu verhindern?
3. Hat Herr Minister Schmeltzer neben seinem Interview zum Thema überhaupt irgendetwas in der Sache unternommen?
4. Wenn ja: Wann und was hat er unternommen?
5. Wenn nein: Warum nicht?

Serap Güler